

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	20.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Ruey, Claude (VD, Ip/pl), Liberale Partei der Schweiz (LPS)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2021

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Hohl, Sabine
Müller, Eva

Bevorzugte Zitierweise

Hohl, Sabine; Müller, Eva 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Liberale Partei der Schweiz (LPS), 1997 - 2008*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Liberales Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Liberales Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.04.1997
EVA MÜLLER

François Jeanneret (NE) trat als Präsident der Liberalen Partei zurück. Zu seinem **Nachfolger wählte die Partei den Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly**. Eggly setzt sich für den Beitritt der Schweiz zur EU ein, innenpolitisch vertritt er einen streng föderalistischen Kurs. Zu Vizepräsidenten für die Amtszeit 1997–2001 wurde für die Deutschschweiz Elisabeth Simonius (BS) und für die Westschweiz Staatsrat Claude Ruey (VD) gewählt.¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.03.2008
SABINE HOHL

An einer Delegiertenversammlung Mitte März wurde der Genfer Soziologieprofessor **Pierre Weiss** zum neuen Präsidenten der Liberalen Partei gewählt. Er übernahm das Amt von Claude Ruey. Aufgrund der geplanten Fusion der Liberalen Partei mit den Freisinnigen war bereits bekannt, dass Weiss der letzte Präsident der Liberalen in ihrer bisherigen Form sein würde. In das Vizepräsidium wurden neben der Bisherigen Christine Wirz (BS) neu Chantal Balet (VS) und Serge Beck (VD) gewählt. Der abtretende Claude Ruey richtete einen flammenden Appell zugunsten der Fusion von Liberalen und Freisinnigen an die Partei. Die Delegierten lehnten die SVP-Einbürgerungsinitiative und die Initiative „für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ ab.²

1) Presse vom 28.4.97

2) BaZ und TA, 17.3.08.